

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 45 16 31, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Freitag, 3. Mai 1963

Blatt 823

Das Programm des 6. Europa-Gespräches

=====

3. Mai (RK) Das 6. Europa-Gespräch im Wiener Rathaus wird vom 11. bis 15. Juni unter dem Titel "Europäische Großstadt - Licht und Irrlicht" in der Volkshalle des Rathauses abgehalten werden. Wegen des ständig steigenden Interesses wurde das Europa-Gespräch schon im Vorjahr in die große Volkshalle verlegt. Heuer nehmen 20 führende Kulturphilosophen, Architekten und Soziologen aus Europa und den USA an dem Gespräch teil. Das Präsidium hat Bürgermeister Jonas inne; die Gesprächsleitung liegt in den Händen von Prof. Dr. E. Kogon (Bundesrepublik Deutschland).

Am Vormittag des Eröffnungstages, am 11. Juni um 10.30 Uhr, wird Vizebürgermeister Mandl im Presseclub Concordia die Journalisten über das Europa-Gespräch informieren. Prof. DDr. H. Harmsen (Bundesrepublik Deutschland) wird ein Referat über "Großstadt in Europa - Großstadt in Asien" halten.

Um 16 Uhr findet der offizielle Eröffnungsakt in der Volkshalle des Rathauses statt. Nach der Begrüßung durch Vizebürgermeister Mandl wird Bürgermeister Jonas sprechen. Bundespräsident Dr. Schärf wird hierauf die Tagung eröffnen. Den ersten Vortrag hält Architekt DDr. R. Neutra über das Thema "Europa und Urbanität".

./.

Das weitere Programm des Europa-Gespräches:

Mittwoch, 12. Juni:

- 10 Uhr Architekt V. Gruen (USA): "Die europäische Großstadt - Licht und Irrlicht", Einleitungsreferat;
- 11 Uhr Diskussion des Referates durch die Teilnehmer des Europa-Gespräches;
- 16 Uhr Prof. Dr. Th. W. Adorno (Bundesrepublik Deutschland), Direktor A. Wesker (Großbritannien): "Laienkunst - organisierte Banausie?"; Referat und Koreferat über die kulturellen Aspekte der Frage der "Vermassung" in den europäischen Großstädten.
- Anschließend Forumdiskussion. Teilnehmer: Direktor Dr. W. Hofmann (Österreich) und Dr. R. Jungk (Österreich).
- 20 Uhr Prof. J. Fourastié (Frankreich): "Die große Hoffnung des 20. Jahrhunderts"; Referat über die beruflichen und gesellschaftlichen Umwälzungen im Zeitalter der industriellen Revolution.
- Anschließend Forumdiskussion. Teilnehmer: Prof. Dr. A. Gehlen (Bundesrepublik Deutschland), Prof. Dr. O. Stammer (Bundesrepublik Deutschland), Prof. Dr. E. Zahn (Holland).

Donnerstag, 13. Juni:

- 20 Uhr Oberbürgermeister Dr. W. Bockelmann (Bundesrepublik Deutschland) - Dr. R. Jungk (Österreich): "Renaissance des Bürgersinns"; Referat und Koreferat über Aktivität und Passivität des europäischen Bürgers.
- Anschließend Forumdiskussion. Teilnehmer: Bürgermeister F. Jonas (Österreich), Bürgermeister P. Pflimlin (Frankreich), Prof. Dr. O. Stammer (Bundesrepublik Deutschland).

Freitag, 14. Juni:

- 10 Uhr Prof. Dr. A. Gehlen (Bundesrepublik Deutschland) - Prof. Dr. E. Zahn (Holland): "Der Mensch in der westlichen Wohlstandsgesellschaft"; Referat und Koreferat über die gesellschaftlichen und kulturellen Auswirkungen einer Zeit der Prosperität.
- Anschließend Forumdiskussion. Teilnehmer: Prof. J. Fourastié

(Frankreich), Dr. R. Jungk (Österreich), Direktor
A. Tesker (Großbritannien).

16 Uhr Dr. L. Burckhardt (Schweiz) - Architekt F. Schwarz
(Schweiz): "Die Idee der Stadt von morgen und ihre
dynamische Realisierung"; Referat und Koreferat über
Fragen der modernen Stadtplanung.

Anschließend Forumdiskussion. Teilnehmer: Architekt F. Freyler
(Österreich), Prof. DDr. H. Harmsen (Bundesrepublik
Deutschland), Architekt Prof. Dr. R. Rainer (Österreich),
Prof. Dr. L. Rosenmayr (Österreich), Prof. F. Sekler (USA).

20 Uhr Architekt J. B. Bakema (Holland): "Das Wohnen" (Leitlinien
eines europäischen Architekten.) Individualität und Inti-
mität in der großen Stadt. Architekt Prof. Wörle (Öster-
reich): "Die Stadt, der Mensch, der Architekt" - Koreferat.

Anschließend Forumdiskussion. Teilnehmer: Architekt F. Freyler
(Österreich), Architekt V. Gruen (USA), Direktor Dr. W.
Hofmann (Österreich), Prof. F. Sekler (USA)

Samstag, 15. Juni:

10 Uhr Univ.-Prof. Dr. L. Rosenmayr (Österreich): "Die Stadt -
Idee und soziale Wirklichkeit", mit Diskussion. Teilneh-
mer: Dr. L. Burckhardt (Schweiz), Architekt F. Schwarz
(Schweiz).

11 Uhr Schlußdiskussion aller Teilnehmer

12 Uhr Prof. Dr. G. Mann (Schweiz): "Die europäische Stadt -
Wandlungen in Begriff und Wirklichkeit".

Schlußansprachen: Vizebürgermeister Mandl und Bürgermeister Jonas.

Die Besucherkarten für das Europa-Gespräch werden kosten-
los im Kiosk der "Rundfahrten Neues Wien" (Rathaus, Eingang
Lichtenfelsgasse) abgegeben. Sie können dort auch unter Nummer
45-16-61, Klappe 2760, telefonisch reserviert werden.

Geehrte Redaktion!

Dürfen wir Sie bitten, bereits jetzt die Pressekonferenz
für das Europa-Gespräch am

11. Juni, um 10.30 Uhr, im Presseclub Concordia
vorzumerken. Gesonderte Einladungen werden Ihnen jedoch noch
rechtzeitig zugehen.

Hetzendorferinnen vor großen Aufgaben

=====

Es geht um den Alfred Kunz-Wettbewerb - Modeschau im Autosalon

3. Mai (RK) Vor großen Aufgaben steht in der nächsten Zeit wiederum die Modeschule der Stadt Wien, oder besser gesagt deren Schülerinnen, die schon oft bei internationalen Wettbewerben schöne Erfolge einheimen konnten.

Gegenwärtig bereiten sich die "Schneiderinnen im Schloß" auf den Alfred Kunz-Wettbewerb vor, der am 15. Mai abgehalten wird. Der Bewerb wird alljährlich zu Ehren des verstorbenen Modespezialisten und ehemaligen Direktors der Modeschule Prof. Alfred Kunz von der Propagandaabteilung der Stricker und Wirker ausgeschrieben.

400 Einzelentwürfe werden der Jury zur Beurteilung vorliegen, 25 Modelle davon sollen ausgeführt werden. Die letzte Entscheidung treffen die Wiener Modejournalisten, die bei der Vorführung in Hetzendorf die drei besten Arbeiten auszuwählen haben und mit dem sogenannten "Pressepreis" auszeichnen werden.

Bekanntlich muß heuer wegen der umfangreichen Adaptierungsarbeiten im Schloß Hetzendorf die gewohnte Festwochenmodeschau entfallen. Als Ersatz wird man unter dem Motto "Auto und Mode" am 18. Juni im Steyr-Daimler-Puch-Haus am Kärntner Ring eine Modeschau zeigen. Die Vorführungen werden bis 29. Juni einige Male wiederholt. Dabei sind Zaungäste herzlich willkommen. Die großen Glaswände des Hauses werden geradezu einladen, die "Modeschau im Schaufenster" mitzuverfolgen. Gezeigt werden Modelle, die in irgendeinem Zusammenhang mit dem Auto stehen. Während der Modeschauzeit wird auch eine kleine Ausstellung von Skizzen und Entwürfen der Modeschülerinnen zu dem Thema "Auto und Mode" im Steyr-Daimler-Puch-Haus zu sehen sein.

- - -

Lehrmittelausstellung im Pädagogischen Institut
=====

3. Mai (RK) Das Pädagogische Institut der Stadt Wien in der Burggasse 14 zeigt derzeit in einer Lehrmittelausstellung Geräte für den Physik- und Chemieunterricht. Die Ausstellung ist bis 10. Mai täglich nachmittags bei freiem Eintritt geöffnet.

Der große Fortschritt auf allen technischen Gebieten, den wir besonders in den letzten 20 Jahren beobachten konnten und auch täglich erleben, hat den modernen Unterricht wesentlich beeinflußt und zur Entwicklung neuartiger Unterrichtshilfen und Arbeitsmittel geführt. Das gilt im besonderen für den Physikunterricht, der die Aufgabe hat, das Verständnis der Kinder für die technischen Errungenschaften unserer Zeit zu wecken und sie mit den erforderlichen Kenntnissen für ihr Leben in einer technisierten Welt auszustatten. Diese Einsichten können die Schüler aber nicht allein durch die Darbietung des Lehrstoffes erhalten, sondern nur in der selbsttätigen Arbeit an guten Versuchsgeräten. Aus diesem Grunde sind Lehrmittel und Schülerversuchsgeräte gerade für den Physikunterricht unentbehrlich geworden.

Die gezeigten Lehrmittel entsprechen durchwegs den heutigen Anforderungen. Sie sind äußerst stabil gebaut, gerade richtig für die nicht zart zugreifende Schülerhand, selbstverständlich rostgeschützt oder aus neuartigen Werkstoffen. Deutlich erkennbar ist das Bemühen der Herstellerfirmen um eine klare und übersichtliche Linienführung zum besseren Verständnis der Versuchsanordnungen. Aus diesen Bemühungen heraus entstanden nicht nur zweckmäßige, sondern auch schön anzusehende Apparate. Besonders hervorzuheben sind die mannigfachen Schülerübungsgeräte, die von vielen Firmen angeboten werden. Die Wiener Hauptschulen werden von der Gemeinde Wien laufend mit derartigen Gerätesätzen für je sechs Schülergruppen beliefert. Ein Teil dieser wirklich ausgezeichneten Gruppenarbeitsmittel ist in der Ausstellung in Form von Versuchszusammenstellungen aufgebaut und kann vom Besucher selbst in Betrieb genommen werden.

Nicht unerwähnt bleiben dürfen die Geräte zur Einführung in die Radiotechnik. Sie sind eine Entwicklung des Pädagogischen Institutes und wurden in einem Radiobaukurs von Hauptschullehrern selbst angefertigt. Sie fallen durch besondere Einfachheit auf und funktionieren einwandfrei.

- - -

Neuer Wohnungstausch-Anzeiger

=====

3. Mai (RK) Die neue Nummer des Amtlichen Wohnungstausch-Anzeigers ist - 36 Seiten stark - soeben erschienen. Sie enthält Wohnungstauschangebote aus sämtlichen Wiener Bezirken, ferner in Spezialrubriken Tauschangebote von Hauswartwohnungen und Angebote aus den Bundesländern.

Der Wohnungstausch-Anzeiger ist um 1.50 Schilling in den Trafiken und im Tauschreferat 1, Doblhoffgasse 6, erhältlich. Eine **Einschaltung** in die nächste Nummer, die am 12. Juni erscheint, kann bis spätestens 29. Mai im Tauschreferat vorgenommen werden.

- - -

Belgische Sportler im Wiener Rathaus

=====

3. Mai (RK) "Sportieve Vereniging der Belgische Spoorwegmannen" nennen sich belgische Eisenbahnsportler aus Leuven, die auf Einladung einer Sportsektion der Österreichischen Bundesbahnen nach Wien gekommen sind. Die Belgier besuchten heute vormittag auch das Wiener Rathaus, wo sie im Roten Salon von Stadtrat Sigmund empfangen und im Namen des Bürgermeisters herzlich begrüßt wurden. Im Anschluß daran unternahmen die belgischen Gäste einen Rundgang durch das Wiener Rathaus.

- - -

Bürgermeister Jonas beglückwünscht Bundespräsident Dr. Schärf
=====

3. Mai (RK) Bürgermeister Jonas hat an Bundespräsident Dr. Schärf folgendes Glückwunschsreiben gerichtet:

"Hochverehrter Herr Bundespräsident! Hochverehrter Ehrenbürger der Stadt Wien! Am Sonntag, dem 28. April hat eine bisher noch nie erreichte Mehrheit der österreichischen Wähler Sie, sehr geehrter Herr Bundespräsident, neuerlich zur höchsten Würde in unserer Republik berufen. In diesem für Sie so erfreulichen Wahlausgang kommt die Anerkennung der Bevölkerung für Ihr bisheriges vorbildliches und erfolgreiches Wirken im Dienste Österreichs zum Ausdruck. Im Namen der Bundeshauptstadt Wien, deren Ehrenbürger Sie sind, und im eigenen Namen erlaube ich mir, Ihnen sehr geehrter Herr Bundespräsident, zur Wiederwahl zu gratulieren und Ihnen Glück und Erfolg in Ihrem hohen Amte zu wünschen."

- - -

Sitzung des Wiener Gemeinderates
=====

3. Mai (RK) Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Jonas trat heute vormittag der Wiener Gemeinderat zu einer Sitzung zusammen. Es lagen drei Anfragen der KLS, eine der FPÖ und vier von der ÖVP vor. Die Anträge: KLS, betreffend "die Gehaltsnachziehung für die Gemeindebediensteten", betreffend "Errichtung einer automatisch geregelten Verkehrslichtsignalanlage im 22. Bezirk"; FPÖ, betreffend "Verbreiterung des Marktweges im 17. Bezirk", betreffend "Instandsetzung der Kerbelgasse im 14. Bezirk", betreffend "Aufstellung eines Verkehrsspiegels an der Straßenkreuzung Röntgengasse-Schrammelgasse im 17. Bezirk" und betreffend "verkehrsmäßige Sicherung des Schulweges in der Sieveringer Straße"; ÖVP, betreffend "Vorlage eines Berichtes über das Bauprojekt einer Musteranlage nördlich der Per Albin Hansson-Siedlung". Alle Anträge wurden den zuständigen Ausschüssen zugewiesen. Schließlich brachte die ÖVP einen Antrag betreffend "den Baubescheid des Bundesministeriums für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft für ein Verwaltungsgebäude der Österreichischen Bundesbahnen im 9. Bezirk, Mariannengasse-Pelikangasse-Lazarettgasse", ein. Dazu wurde die Verlesung und die dringliche Behandlung verlangt. Die Behandlung dieser Angelegenheit wird vor Schluß der öffentlichen Sitzung durchgeführt.

Ein neuer Gemeinderat

Bürgermeister Jonas teilte sodann mit, daß Gemeinderat Hedwig Lehnert (SPÖ) aus Gesundheitsgründen mit 3. April ihr Mandat zurückgelegt hat. An ihrer Stelle wurde Ing. Fritz Hofmann als neuer Gemeinderat angelobt. Der Vorsitzende würdigte die Verdienste der scheidenden Funktionärin, die seit 1945 dem Wiener Gemeinderat angehört hat.

Ferner teilte der Bürgermeister dem Gemeinderat mit, daß er an den Bundespräsidenten einen Brief geschickt habe, in dem er ihm zur Wiederwahl gratuliert. (Beifall bei SPÖ, ÖVP und KLS.)

Die Sanierung des Bundesbudgets

Vizebürgermeister Slavik (SPÖ) gab sodann einen "Bericht über eine Beitragsleistung der Länder und Gemeinden zur Sanierung des Bundeshaushaltes 1963". Zwei Maßnahmen wurden zu diesem Zweck durchgeführt: die Stundung der Zwischen- und Endabrechnung nach dem Finanzausgleich in der Höhe von 170 Millionen und eine Garantie der Länder und Gemeinden für einen Mehrertrag von 350 Millionen Schilling über die derzeitigen Ansätze hinaus.

Vizebürgermeister Slavik erläuterte dann den Gang der Verhandlungen. Die ersten Vorschläge des Finanzministeriums wurden von den Ländern und Gemeinden abgelehnt. Daraufhin wurde ein Verhandlungsausschuß eingesetzt. Ferner hat ein Beamtenkomitee eine Budgetperlustrierung durchgeführt. Vizebürgermeister Slavik dankte in diesem Zusammenhang den Beamten dieses Komitees, die in wenigen Tagen eine Arbeit durchführten, die sonst Monate in Anspruch nimmt. Wie sich außerdem herausgestellt hat, war die Arbeit dieser Beamten ausgezeichnet.

Aus dem Bericht des Komitees ging hervor, daß eine Reihe von notwendigen Ausgaben im Bundesbudget nicht berücksichtigt war, so die Bedeckung der Mehrausgaben für die Bundesangestellten, die Hilflosenzuschüsse, die Mineralölsteuerrückvergütung und die Erhöhung der Kinderbeihilfen. Ferner war das Komitee der Ansicht, daß die Ausgaben um 366 Millionen gekürzt werden könnten, die Einnahmenschätzung um 437 Millionen zu tief angesetzt war und 1.878 Millionen in die außerordentliche Gebarung überstellt werden könnten.

Das Finanzministerium anerkannte sofort die Minderausgaben, während es bei den Einnahmenschätzungen zu Differenzen kam. Immerhin wurden auch hier 211 Millionen als berechtigt anerkannt. (Bei der Endfassung einigte man sich auf 328 Millionen.) Auch war das Finanzministerium bereit, 700 Millionen in die außerordentliche Gebarung zu übernehmen. (Bei der Endfassung wurde die Milliarde überschritten.) Es zeigte sich also, daß die Vorschläge der Beamten in der Endfassung weitestgehend als berechtigt anerkannt wurden.

Nach Vorschlägen des Finanzministers zur Verbesserung der Budgetsituation des Bundes und einem Gegenvorschlag der Vertreter der Gemeinden und Länder, der neben der Stundung der 170 Millionen Schilling das Anbot eines Betrages von 300 Millionen Schilling vorsah und gleichzeitig die Durchführung einer Verwaltungsreform beim Bund sowie eine Reduzierung der Bundeskompetenzen verlangte, wurde im März dieses Jahres zwischen den Vertretern der Länder und Gemeinden einerseits sowie der Bundesregierung andererseits folgende Vereinbarung getroffen: Die Länder und Gemeinden stellen die ihnen aus der Zwischen- und Endabrechnung für 1962 zustehenden 170 Millionen Schilling dem Bund bis Ende 1964 zinsenlos zur Verfügung. Länder und Gemeinden erbringen als Notopfer für 1963 einen Betrag von 350 Millionen Schilling, wobei jedoch die über den Betrag von 28.731 Millionen hinausgehenden Mehreinnahmen des Bundes an Abgaben das Notopfer im gleichen Umfang reduzieren. Weiter knüpften die Länder und Gemeinden an diese Beitragsleistung die Bedingung, daß bis zur Erstellung des neuen Finanzausgleiches über die Verwaltungsvereinfachung und die Kompetenzübertragung an die Länder zu verhandeln sei. Das Notopfer selbst soll in acht Monatsraten im Jahre 1963 einbehalten werden, wobei 30 Prozent auf die Länder ohne Wien, 40 Prozent auf die Gemeinden ohne Wien und 30 Prozent auf Wien als Land und Gemeinde entfallen. Demnach macht der Anteil der Stadt Wien am Notopfer 105 Millionen Schilling aus. Auf Grund dieser sehr mühevollen und schwierigen Verhandlungen konnte ein Budget erstellt werden, das im außerordentlichen Haushalt einen Abgang von 2.780 Millionen und im ordentlichen Haushalt einen Abgang von etwas mehr als 500 Millionen, insgesamt also von 3.2 Milliarden Schilling vorsieht.

Sicherlich hätte die Sanierung des Bundesbudgets auch durch andere Maßnahmen erfolgen können, etwa durch eine neuerliche Reduzierung der Anlagen und Förderungskredite. Eine solche Kürzung hätte jedoch negative Rückwirkungen auf den Arbeitsmarkt gehabt und sich auch auf alle Steuern nachteilig ausgewirkt. Eine Erhöhung der Umsatzsteuer hätte dem Bund sofort beträchtliche Mehreinnahmen gebracht; die Folge wäre aber eine allgemeine Preiserhöhung im Ausmaß von zwei bis drei Prozent gewesen, die wiederum Forderungen nach Erhöhung der Gehälter sowohl beim Bund wie auch bei den Gebietskörperschaften nach sich gezogen hätte.

Die Vertreter der Länder und Gemeinden waren daher der Überzeugung, daß es sie in der letzten Konsequenz billiger oder zumindest nicht teurer kommt, wenn sie an der Sanierung des Bundesbudgets mitwirken. Die Vertreter des Städtebundes haben damit in keiner Weise eine leichtfertige Zusage gemacht, sondern sind auf Grund wirtschaftlicher Überlegungen zu der Erkenntnis gelangt, daß diese Lösung in dieser Situation die zweckmäßigste war. (Beifall bei SPÖ und ÖVP.)

GR. Lauscher (KLS) sagt, seine Fraktion habe kein Verständnis für dieses neuerliche Notopfer. Es war kein Grund vorhanden, daß die Gemeinden und Länder wieder hunderte Millionen für eine sogenannte Sanierung des Bundeshaushaltes zur Verfügung stellen. Die Tatsachen sprechen dagegen. Vizebürgermeister Slavik wisse genau so gut wie er, welche Reserven der Bundesfinanzminister hat und wieviele Milliarden der Bund aus Steuergeldern der kleinen Leute jenen schenkt, die es heute nicht mehr brauchen. Heute sei es nicht mehr notwendig, wie es in den Nachkriegsjahren der Fall war, die Wirtschaft durch staatliche Zuschüsse anzukurbeln, bzw. im Gang zu halten. Der Finanzminister hätte das Geld auch anderswo hernehmen können. Der Redner kritisiert in diesem Zusammenhang die Umsatzsteuer-rückvergütung, die Bewertungsfreiheit und die Preissubventionen, die in diesem Jahr 2.865 Millionen ausmachen. Von diesen Subventionen kommt ein beträchtlicher Teil den Gutsbesitzern und Großbauern zugute. Vom Getreideausgleich erhalten zwei Drittel die Großgrundbesitzer. Auch die höhere Dotierung für das Bundesheer wirke sich bedeutend aus. Obwohl die sozialistische Fraktion seinerzeit eine Kürzung des Heeresbudgets verlangt hat, um dafür andere Sozialaufgaben lösen zu können, stimmt sie nun der Erhöhung des Heeresbudgets um 300 Millionen zu.

Die ÖVP und jene Kreise, die hinter ihr stehen, haben diese Budgetsanierung in einer wochen- und monatelangen Pressekampagne vorbereitet. Sie schrieben von einer Konjunkturabflachung und drohenden Gefahren für die österreichische Wirtschaft. In Wirklichkeit dachten sie aber nur an ihre Taschen, Privilegien und Profite. Sie wollten die Subventionsbegünstigungen für die Reichen bewahren und die notwendigen Lasten auf die kleinen Leute überwälzen.

Die Gemeinde Wien steht vor großen Aufgaben und zu ihrer Lösung braucht sie die entsprechenden Mittel. Sie wird nicht nur seit Jahren durch die Finanzpolitik des Bundes benachteiligt, sie bringt nun auch noch ein sogenanntes "Notopfer". Die Argumente des Finanzministers für dieses Notopfer waren keineswegs überzeugend und seine Fraktion könne daher der Vereinbarung keinesfalls zustimmen. Das Nachgeben dem Bund gegenüber bedeutet einen schlechten Ausgangspunkt für die bevorstehenden Finanzausgleichsverhandlungen.

GR. Dr. Schmidt (FPÖ) stellt fest, daß die Finanzlage des Bundes durch die eklatanten Schwächen und die völlige Konzeptlosigkeit des österreichischen Koalitionssystems verursacht wurde. In all den vergangenen Jahren wurde ein rein politisches Budget zwischen den einzelnen Interessengruppen unseres Staates ausgehandelt. Das wichtigste für die Koalitionsparteien war, daß sie ihren Wählern Tageserfolge auf den Tisch legen konnten. In den Zeiten der Hochkonjunktur hätte der Staat durch eine kluge Finanzpolitik aber Reserven für wirtschaftlich schwächere Zeiten anlegen müssen. Die seit Jahren angekündigte Verwaltungsvereinfachung und -reform wurde bis heute nicht durchgeführt. Eine derartige Reform dürfte nicht durch die Auflassung einzelner Dienstposten oder ähnliches erfolgen, sondern müßte bereits durch den Nationalrat durch Beschließung klarer und einfacher Gesetze ermöglicht werden. Bei den vergangenen Regierungsbildungsverhandlungen hätte viel weniger über die Besetzung der einzelnen Ressorts verhandelt werden dürfen, aber umsomehr über eine wesentliche Änderung des Grundkonzeptes der staatlichen Verwaltung. Eine durchgreifende Gesundung unseres Staates wird erst dann Platz greifen können, wenn der leistungshemmende Proporz beseitigt ist. Derzeit holt man sich das notwendige Geld dort, wo man es am bequemsten holen kann, nämlich beim kleinen Mann und bei den Ländern und Gemeinden. So sollen nun allein von Wien 105 Millionen dem Bund geopfert werden. Dieser Betrag ist so hoch wie die Ausgaben für die Feuerwehr der Stadt Wien im Jahre 1963 oder so hoch wie die Ansätze für die baulichen Herstellungen der städtischen Krankenanstalten im Jahre 1963. Es ist dies also ein Betrag, auf den auch die Stadt Wien nicht so

leicht verzichten kann. Es sei auch unmöglich, daß derartige Vereinbarungen durch den Finanzreferenten getroffen werden ohne dem Gemeinderat vorher darüber zu berichten. Bedauerlicherweise wurde der Wiener Gemeinderat nicht zum erstenmal in so entscheidenden Fragen übergangen. Die sozialistische Fraktion hat zwar im Nationalrat heftige und berechtigte Angriffe gegen den Finanzminister geführt, weil er eigenmächtig in der Handhabung des Bundesbudgets vorgegangen ist. Nun tätigt aber der Finanzreferent der Gemeinde Wien eine ähnliche Vorgangsweise. Auch der Herr Bürgermeister hätte den Gemeinderat von einer derart schwerwiegenden Vereinbarung unterrichten müssen. Der Redner stellt einen Beschlußantrag, in dem er dem Befremden darüber Ausdruck verleiht, daß der Bürgermeister und der Finanzreferent zur Sanierung des Bundeshaushaltes einen weitgehenden Verzicht aus Einnahmen aus dem Finanzausgleich zugestimmt haben, ohne die vorherige Genehmigung des Gemeinderates einzuholen. Bürgermeister und Vizebürgermeister werden aufgefordert, dem für die Budgethoheit allein zuständigen Gemeinderat derartige Vereinbarungen vorher vorzulegen. Die Millionen, die wir dem Bund schenken, werden uns irgendwo abgehen. Da und dort hört man schon klagen, daß gewisse Vorhaben nicht durchgeführt werden können, weil die notwendigen Mittel nicht vorhanden sind. Der Redner richtet an Vizebürgermeister Slavik die Frage, welche Vorhaben die Stadt Wien auf Grund der Einnahmenverminderung zurückstellen muß. Die Freiheitlichen erachten das Notopfer an den Bund bei der konzeptlosen Verwaltung des Bundes als un Zweckmäßig und können ihm daher auch nicht zustimmen.

Vizebürgermeister Slavik stellt im Schlußwort fest, daß er sich keinesfalls rechtfertigen wollte. Seine Ausführungen hatten den Zweck, die Sachlage darzustellen und mitzuteilen, wie sich die Verhandlungen abgespielt und zu welchem Ergebnis sie geführt haben. Die Verhandlungen haben sich über mehrere Monate erstreckt und erstmals konnten alle Körperschaften daran teilnehmen.

./.

Sie haben auch dazu geführt, daß eine strenge Handhabung bei der Umsatzsteuerrückvergütung erfolgen wird. Den Erfolg dieser strengen Überprüfung konnte man aber zahlenmäßig nicht im Budget einsetzen, weil er noch nicht abzusehen ist. Die Bewertungsfreiheit läuft mit 31. Dezember dieses Jahres ab. Es wird dem Parlament obliegen, hier eine Veränderung vorzunehmen. Es sind bereits Verhandlungen im Gange, die derzeitige Bewertungsfreiheit nicht weiter aufrecht zu erhalten; sondern ihre Form zu ändern. Bei den Preisstützungen wurde erstmalig bei der Milch eine Begrenzung vorgenommen.

Wir haben uns bei den Verhandlungen bemüht, zu einem für alle Beteiligten tragbaren Ergebnis zu kommen.

Als Endergebnis unserer Wirtschaftspolitik ist es bisher gelungen, die Vollbeschäftigung zu erreichen. Unsere Aufgabe ist es, dafür zu sorgen, diese Vollbeschäftigung auch in Zukunft zu erhalten. Aber natürlich gibt es Probleme der Wirtschaftspolitik, über die man verschiedener Meinung sein kann.

Was die Proporzvorwürfe betrifft, rief Vizebürgermeister Slavik, glauben Sie denn, daß wir die Esol aus Österreich für die Direktorenposten aussuchen? Diese Qualitäten haben sie noch lange, wie jene, die uns von manchen Journalisten oder von Vertretern der FPÖ vorgeschlagen werden.

Es wurde ~~auch gefragt, welche Kürzungen sich jetzt ergeben.~~ Vizebürgermeister Slavik betonte, er habe keine Kürzungen vorgesehen und es gibt keine Verfügung beim Magistrat, daß die Ansätze auf der Ausgabenseite nicht eingehalten werden dürften.

Den Antrag der FPÖ empfahl der Referent abzulehnen.

Bei der Abstimmung wird der Antrag der FPÖ mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP abgelehnt. (Die KLS war nicht im Saal.)

Der Bericht wird ebenfalls mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP zur Kenntnis genommen.

Die Lagerung von Kriegsmaterial im Quellgebiet

Stadtrat Koci (SPÖ) erstattete nun Bericht über die Lagerung von Kriegsmaterial im Quellgebiet. Er führte aus:

Durch die Arbeiten der Studienkommission für die Wasserversorgung Wiens wurde den Wasserwerken schon im Jahre 1949 be-

kannt, daß im Raum von Großmittel im Steinfeld eine große Menge von Giftgasgranaten nach dem Kriege vergraben wurde. Da die Entfernung oder die Unschädlichmachung dieser Granaten, deren Lagerstätte im Einzugsgebiet der geplanten III. Wasserleitung liegt, eine Voraussetzung für die Durchführung dieses Projektes darstellt, hat die Studienkommission angeregt, im Wege der Bundesländer Wien und Niederösterreich, die beide an diesem Projekt interessiert sind, an das Bundesministerium für Inneres mit dem Ersuchen heranzutreten, diese Granaten ehebaldigst entfernen zu lassen.

Die Wasserwerke haben darüber unverzüglich an die Magistratsdirektion berichtet, welche sofort an das Bundesministerium für Inneres, Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit, als der für die Beseitigung von Kriegsrelikten zuständigen Dienststelle ein Schreiben richtete, in welchem das dringende Ersuchen ausgesprochen wurde, die Gasgranaten ehebaldigst zu entfernen.

Auch das Amt der Niederösterreichischen Landesregierung hat in einem sinngemäß gleichen Schreiben um Unschädlichmachung dieser Gefahrenquelle gebeten.

Mit Note vom 8. August 1962 hat die Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit dem Landeshauptmann von Wien mitgeteilt, daß die endgültige Beseitigung der Gelbkreuzgranaten im Raume von Felixdorf in Erwägung gezogen wurde. In derselben Note wurden zwei Alternativvorschläge erwähnt, die im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Landesverteidigung verfaßt wurden, die jedoch beide beträchtliche technische, materielle und rechtliche Schwierigkeiten aufweisen.

Das Bundesministerium für Inneres glaubte darauf hinweisen zu müssen, daß es die beträchtlichen Kosten nicht allein aus seinem Budget tragen könne, sondern daß diese zum Teil auch von der Stadt Wien als Teilkosten für die Errichtung der III. Wiener Wasserleitung übernommen werden müßten.

Mit Schreiben vom 29. Jänner 1963 hat das Bundesministerium für Inneres dem Magistratsdirektor von Wien mitgeteilt, daß das Bundesministerium für Finanzen zunächst die Frage der Kostentragung geklärt wissen wolle und die Ansicht vertrete, daß die

Beseitigung der Granaten einzig und allein im Interesse der Stadt Wien liege und diese daher die gesamten Kosten zu tragen habe.

In demselben Schreiben wird auch die Vorgeschichte der Granatenlagerung ausführlich dargestellt.

Ergänzend muß hierzu noch festgestellt werden, daß die damaligen Vertreter der Stadt Wien bei den Besprechungen vor der Einlagerung der Granaten beim Bundesministerium für soziale Verwaltung ausdrücklich die Lagerung im Steinfeld als eine unter dem Druck der damaligen äußeren Umstände erfolgte provisorische Notstandsmaßnahme bezeichneten.

Über Weisung der Magistratsdirektion wurde ein Gutachten des Gesundheitsamtes eingeholt. Dieses Gutachten fordert eindeutig die endgültige Entfernung des Giftstoffes. Andererseits wurde die Rechtslage geprüft, wobei die Frage aufgeworfen wurde, ob nicht die Wasserrechtsbehörde zum Einschreiten veranlaßt werden solle. Auch diesbezüglich wurden Verhandlungen durchgeführt.

Nach Auffassung des Magistrates kann keinesfalls behauptet werden, daß die Entfernung der Granaten ausschließlich im Interesse der Stadt Wien liege, sondern daß vielmehr die Wasserversorgung der angrenzenden Landesteile von Niederösterreich unmittelbar und von Anfang an betroffen sei.

Diese Tatsachen wurden dem Bundesministerium für Inneres mit Schreiben vom 23. April 1963 mit dem Bemerken bekanntgegeben, daß die Kosten der Entfernung oder Unschädlichmachung der Gelbkreuzgranaten deshalb nicht der Stadt Wien aufgelastet werden können, weil sich das Granatenlager auf bundeseigenem Gebiet befindet und es Sache des Bundes ist, die Gefahr zu beseitigen.

In der Bundesverfassung heißt es ausdrücklich: "Bundessache in Gesetzgebung und Vollziehung sind: Militärische Angelegenheiten sowie Kriegsschadensangelegenheiten". Demit ist nach dem Verfassungsgerichtshof auch die Verpflichtung zur finanziellen Vorsorge verbunden.

Das Wasserrechtsgesetz verbietet jede beeinträchtigende Einwirkung auf Grundwasser ohne Genehmigung der Wasserrechtsbehörde. Im gegenständlichen Falle liegt eine solche Genehmigung durch die zuständige oberste Wasserrechtsbehörde nicht vor. Daher ist

der Bund als Verursacher der Beeinträchtigung zu deren Beseitigung verpflichtet.

Auch in privatrechtlicher Hinsicht ist der Bund als Eigentümer des Grundes, auf dem die Granaten vergraben wurden, nach dem Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuch verpflichtet, das Eigentumsrecht nur insofern auszuüben, als er dadurch nicht in die Rechte Dritter eingreift. Dies ist aber im gegenständlichen Falle gegenüber den angrenzenden Grundeigentümern und Wasserberechtigten der Fall.

Zur Frage, warum die Stadt Wien in der Zeit von 1949 bis 1962 gegen diese Lagerung nichts unternommen hat, darf ich folgendes sagen:

Die Lagerung im Jahre 1949 war lediglich als Provisorium für die Zeit von zehn bis 15 Jahren vorgesehen, da die Fachleute annahmen, daß in dieser Zeit an den Granaten durch Korrosion keine Schäden eintreten könnten. Das Aufgreifen der Angelegenheit im Jahre 1962 durch die Stadt Wien erfolgte daher in technischer Hinsicht rechtzeitig.

In rechtlicher Hinsicht haben erst die Wasserrechtsgesetz-novelle 1959 und die entsprechenden Durchführungsmaßnahmen der Folgezeit den Wasserrechtsbehörden ausreichende Rechtsgrundlagen geschaffen, um eine Beeinträchtigung oder Gefährdung des Grundwassers hintanzuhalten.

Abschließend darf ich dem Gemeinderat mitteilen, daß die Erörterungen über die praktische Methode der Unschädlichmachung der Granaten derzeit in vollem Gange sind. Am Dienstag, dem 30. April 1963, hat über Anregung der Stadt Wien beim Bundesministerium für Inneres eine Besprechung stattgefunden, sodaß damit gerechnet werden darf, daß die Beseitigung in nächster Zukunft in Angriff genommen und in einem dem Umfang dieser heiklen Arbeit angemessenen Zeitraum abgeschlossen werden kann.

Nach Ansicht der Sachverständigen besteht derzeit noch keine Gefahr, daß der Kampfstoff durch teilweise Zerstörung der Granathüllen austreten könnte, da diese aus einem sehr hochwertigen, nicht rostenden Spezialstahl angefertigt sind.

Abschließend brachte Stadtrat Koci dem Gemeinderat einen Bericht der heutigen "Wiener Zeitung" zur Kenntnis, in dem es

heißt: "Der Entminungsdienst des Innenministeriums hat über Aufforderung des Landes Wien und weil im öffentlichen Interesse gelegen, im Jahre 1962 eine Reihe von Untersuchungen im Zusammenwirken mit dem Verteidigungsministerium durchgeführt. Ein entsprechender Plan zur Ausschaltung dieser ständigen Gefahrenquelle wurde ausgearbeitet.

Die Verfügung zur Beseitigung dieser Kampfstoffgranaten obliegt aber dem Eigentümer des Grundstückes, der Republik Österreich, und zwar jener Zentralbehörde des Bundes, der die Verwaltung des Grundstückes zugewiesen ist, nicht aber dem Innenministerium. Dieses kann mit den Organen des Entminungsdienstes lediglich bei der Beseitigung von Kriegsrelikten mit-helfen.

Der Innenminister wird den Ministerrat in seiner nächsten Sitzung diese Angelegenheit vortragen und die Bundesregierung ersuchen, eine schnelle und unbürokratische Überprüfung anzuordnen."

GR. Walzer (ÖVP) sagte in der Debatte, es sei bezeichnend, daß man sich erst heute im Gemeinderat mit dieser Angelegenheit beschäftigt. Auch im zuständigen Gemeinderatsausschuß wurde über diese Granaten gesprochen. Es wäre besser gewesen, wenn wir diese Dinge gleich an die Öffentlichkeit herangebracht hätten. Seiner Fraktion gehe es nicht darum, Panik zu machen, wie behauptet wurde; davon kann keine Rede sein! Aber es besteht ein echtes Unbehagen, daß diese Granaten ja doch schadhaft werden könnten. Dann wären jedoch katastrophale Folgen zu befürchten.

Sicher besteht im Moment noch keine akute Gefahr. Die Möglichkeit einer Verseuchung ist jedoch nicht auszuschließen. Und wenn man schon viele Millionen für die III. Wasserleitung investiert, so müßte man auch diese Gefahrenquelle aus der Welt schaffen können. Es steht fest, daß hier eine Entscheidung getroffen werden muß. Man darf sich nicht auf Kompetenzen und Paragraphen ausreden und kostbare Zeit verlieren.

GR. Fucik (SPÖ) verwies zunächst darauf, daß jeder Abgeordnete, der das Vertrauen von Wählern genießt, in die Lage kommen kann, von Umständen in Kenntnis gesetzt zu werden, die in der Bevölkerung Beunruhigung hervorrufen könnten. Alle Abgeordneten haben aber die Möglichkeit, solche Mitteilungen im zuständigen Ausschuß und auch im Plenum zur Sprache zu bringen. Bedauerlicherweise hat GR. DDr. Strunz davon keinen Gebrauch gemacht, sondern im Zusammenhang mit der Lagerung von Kriegsmaterial im Quellgebiet der Wiener Wasserleitung Pressekonferenzen organisiert, und es sind dann in entsprechender Aufmachung Schreckensmeldungen an die Öffentlichkeit hinausgegangen, die aber, da nur die Zeitungen der ÖVP mitmachten, nicht den von ihm gewünschten Erfolg brachten. Seine Beweggründe sind nicht allzuschwer zu durchschauen, da die Aussendungen gerade in der Zeit der Nationalratswahl und der Bundespräsidentenwahl erfolgten. Es ging ihm darum, das Vertrauen der Bevölkerung zur Wiener Gemeindeverwaltung, zum Bürgermeister und zum Amtsführenden Stadtrat zu untergraben.

Die Bevölkerung hat hinsichtlich der Schwierigkeiten, die bei der Wasserversorgung noch bestehen, sehr viel Verständnis gezeigt. Dazu trägt sicherlich auch bei, daß der Zeitpunkt, zu dem die endgültige Sanierung der Wiener Wasserversorgung abgeschlossen sein wird, bereits abzusehen ist. Es ist die Aufgabe aller Abgeordneten, die zuständige Magistratsabteilung bei der Überbrückung dieser wenigen Jahre zu unterstützen und bei der Bevölkerung um entsprechendes Vertrauen zu werben. Wenn aber heute noch jemand mit der Angst Politik machen will, dann muß das energisch zurückgewiesen werden. (Beifall bei der SPÖ.)

Stadtrat Koci (SPÖ) entgegnete in seinem Schlußwort dem ÖVP-Redner, daß schon lange Maßnahmen im Gange sind, diese Gefahrenquelle zu beseitigen, nur Versuche eben der Bund, seine Kompetenz abzuwälzen. Die Behauptung, daß diese Gefahrenmomente hinsichtlich der Trinkwasserversorgung Wiens nicht beachtet wurden, muß entschieden zurückgewiesen werden. (Beifall bei der SPÖ.)

Bei der Abstimmung wurde der Bericht mit Mehrheit zur Kenntnis genommen.

Hierauf wurde eine Reihe von Ergänzungswahlen vorgenommen. Zum Mitglied des Gemeinderatsausschusses für Wohlfahrtswesen wurde GR. Josef Srp (SPÖ), zum Mitglied des Gemeinderatsausschusses für Öffentliche Einrichtungen GR. Ing. Fritz Hofmann (SPÖ), zum Mitglied des Gemeinderatsausschusses für Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten GR. Johann Nimmerrichter (SPÖ) gewählt. In das Disziplinarkollegium wurden als Mitglied GR. Käthe Jonas (SPÖ) und als Ersatzmitglied GR. Leopoldine Schlinger (SPÖ) aufgenommen. Ferner wurden in die Disziplinarkommission für die Lehrer der öffentlichen Volks-, Haupt- und Sonderschulen GR. Franz Schreiner (SPÖ) als Mitglied und GR. Ing. Fritz Hofmann (SPÖ) als Ersatzmitglied gewählt. Schließlich wurde GR. Dr. Habl (ÖVP) als Mitglied des Gemeinderatsausschusses für Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten bestellt.

Gemeinde Wien ehrt ihre verdienten Bürger

Über eine Änderung der Statuten der Preise der Stadt Wien berichtete GR. Frieda Nödl (SPÖ). Wie sie ausführte, hat der Wiener Gemeinderat im Jahre 1947 diese Preise gestiftet, um Persönlichkeiten der Kunst, Wissenschaft und Volksbildung, die weit über die Grenzen der Stadt hinaus zu deren Ansehen beigetragen haben, auszuzeichnen. Die Preise sollen nun von 15.000 auf 20.000 Schilling bis zu einem Gesamtbetrag von 200.000 Schilling statt bisher 150.000 Schilling hinaufgesetzt werden.

GR. Dr. Stemmer (SPÖ) verwies darauf, daß die Gemeinde Wien ihre verdienten Bürger in verschiedener Weise ehrt. Anerkennungen, die für hervorragende Leistungen gegeben werden und mit keinem Geldpreis verbunden sind, sind die Verleihung der Ehrenbürgerschaft, des Ehrenringes, der Ehrenmedaille, der Prof. Julius Tandler-Medaille sowie der Josef Kainz-Medaille. Sie unterscheiden sich wohlthuend von den Routineehrungen dadurch, daß sie nicht an eine bestimmte lange Dauer der Ausübung eines Berufes oder einer Funktion und auch nicht an eine Stellung im öffentlichen Leben gebunden sind.

An Ehrungen, die mit einem Geldpreis verbunden sind, vergibt die Gemeinde Wien die Preise der Stadt Wien, den Dr. Karl Renner-Preis sowie den Jugend- und Kinderbuchpreis. In den Genuß der Preise der Stadt Wien, die als Anerkennung für ein Lebenswerk oder ein einzelnes Werk verliehen werden, gelangten seit 1947 insgesamt 153 Persönlichkeiten. Mit welchem großem Verantwortungsbewußtsein die Jury ihrer Aufgabe nachkommt, geht schon daraus hervor, daß nicht in allen Sparten jährlich Preise vergeben werden. Trotzdem muß gesagt werden, daß das Reservoir nahezu unerschöpflich ist.

Der Dr. Karl Renner-Preis, der aus Anlaß des 80. Geburtstages Dr. Renners gestiftet wurde, kann sowohl Einzelpersonen als auch Personengemeinschaften, die im Geiste Renners wirken, zuerkannt werden. Dabei ist der Rahmen von dem Helden des Alltags über den Wissenschaftler, den Künstler, den sozial Tätigen bis zum Politiker und Staatsmann gesteckt. Der Maßstab ist hier ein noch strengerer. Seit 1951 wurden mit diesem Preis 50 Einzelpersonen und 20 Personengemeinschaften geehrt.

Für den Kinder- und Jugendbuchpreis ist entscheidend, daß sie anspornen sollen, das Gute zu schaffen und im Dienste der guten Jugendliteratur tätig zu sein, um damit einen positiven Beitrag für die Erziehung der Jugend zu leisten.

Österreich braucht seinen guten Ruf auch hinsichtlich seiner Stellung als kleiner Staat in der Welt. Die Konkurrenzbedingungen werden immer härter. Österreich wird im Wettbewerb mit den europäischen Völkern in Zukunft alle seine geistige und manuelle Qualitätsarbeit einsetzen müssen. Wer dazu beiträgt, der dient dem Österreich von morgen. Alles, was wir auf diesem Gebiet aufwenden, macht sich letzten Endes auch bezahlt.

Die Referentin verzichtet auf das Schlußwort. Bei der Abstimmung wurde der Antrag einstimmig angenommen.

Viel Geld für die Volksbildung

GR. Gertrude Sandner (SPÖ) referiert sodann einen Antrag auf Gewährung einer Jahressubvention in Höhe von 1,960.000 Schilling an den Verband Wiener Volksbildung. Sie verweist auf die großen Leistun-

gen des Verbandes und auf seine erfolgreiche Tätigkeit. Schon allein die Tatsache, daß 3.900 Kurse von 98.000 Teilnehmern besucht wurden und 7.200 Einzelveranstaltungen mit 890.000 Besuchern stattfanden, zeigt die Bedeutung der Wiener Volksbildung für das Bildungswesen unserer Stadt. In Erkenntnis dieser Bedeutung fördert die Stadt Wien den Verband nach besten Kräften.

GR. Eleonora Hiltl (ÖVP) stellt mit Genugtuung fest, daß der Subventionsbetrag während der letzten Jahre laufend erhöht wurde. Wer Einblick in die Tätigkeit der Wiener Volksbildung hat, weiß, daß hier eine ausgezeichnete und in die Breite gehende Bildungsarbeit an der Wiener Bevölkerung geleistet wird. Erfreulich ist die Steigerung der Zahl der jungen Hörer. In Wien gibt es derzeit 15 bedeutende Volksbildungsstätten, die sich bemühen, möglichst große Kreise der Bevölkerung zu erfassen. Diese Volksbildungshäuser müssen aber eine reiche Werbetätigkeit entfalten, die ebenso wie die administrative Arbeit bedeutende Mittel erfordert. Glücklicherweise fördert nicht nur die Gemeinde Wien die Volksbildungsstätten, sondern auch der Bund, die Arbeiterkammer, der Industriellenverband und andere Stellen. Ein schwieriges Problem für die Verantwortlichen der Volksbildungshäuser ist die Erhöhung der Angestelltingehälter, die dort ohnedies äußerst knapp bemessen sind. Auch die Dozentenhonoreare, die derzeit für eine Doppelstunde 54 Schilling betragen, müssen erhöht werden. Es ist daher erfreulich, daß die Stadt Wien in diesem Jahr wieder eine höhere Subvention geben will. Die Referentin bittet, alles daranzusetzen, um den Volksbildungsstätten ihre Arbeit durch ausreichende finanzielle Unterstützung zu erleichtern.

GR. Gertrude Sandner verzichtet auf das Schlußwort. Bei der Abstimmung wurde der Antrag einstimmig angenommen.

Mit der Schnellbahn ins Strandbad

Stadtrat Koci (SPÖ) referiert sodann einen Antrag, für die vorzeitige Errichtung der Schnellbahnhaltestelle "Strandbäder" durch die Österreichischen Bundesbahnen einen einmaligen und nicht überschreitbaren Kostenbeitrag von 1,8 Millionen Schilling zu genehmigen. Viele Badegäste der Strandbäder an der oberen Alten

Donau haben während der Badesaison des vergangenen Jahres die Magistratsabteilung 44 ersucht, eine Station der Schnellbahn zu errichten, die es ermöglicht, die Bäder auf kürzestem Wege zu erreichen. Die ÖBB haben sich bereit erklärt, diese Station zu errichten, wenn die Stadt Wien einen entsprechenden Kostenbeitrag leistet.

GR. Maller (KLS) begrüßt die Errichtung der Haltestelle, die auch rechtzeitig vor Eröffnung der Internationalen Gartenschau fertig sein wird. Es sei jedoch kaum gerechtfertigt, die Kosten hierfür auf der Rubrik "Bäder" zu verrechnen. Wichtig erscheine ihm, daß man rechtzeitig Vorkehrungen trifft, von dieser Schnellbahnstation einen Autobuszubringerdienst zu den Bädern einzurichten und die Zugangswege und Straßen instandzusetzen.

GR. Peter (FPÖ) stellt fest, daß aus den Ausführungen des Stadtrates Koci nicht hervorgehe, ob die Station "Strandbäder" nur während der Sommermonate oder das ganze Jahr über in Betrieb sein soll. Seine Fraktion sei der Ansicht, daß der dauernde Betrieb der Station unrentabel wäre und sich überdies auf die Fahrzeit der Schnellbahn ungünstig auswirken würde. Wenn es sich um eine Haltestelle handelt, die nur während der Saison aufrecht erhalten wird, werde seine Fraktion gerne die Zustimmung geben.

GR. Dkfm. DDr. Prutscher (ÖVP) erklärt, der Verkehr sei eines der wesentlichsten und bestimmendsten Merkmale unserer Zeit. Es ist das Problem, das uns im weitesten Maße eine eigene Gesetzlichkeit aufzwingt und ein Faktor, der in viele Bereiche unseres Lebens eingreift. Gerade darum müssen alle Verkehrslösungen sorgfältig geplant werden. Sicherlich werden alle diese Planungen nicht sofort in die Wirklichkeit umgesetzt werden können, da die nötigen finanziellen Mittel fehlen. Auch wenn wir von der derzeitigen schwierigen Finanzlage des Bundes absehen, so wird die Finanzierung des innerstädtischen Verkehrs unter Inanspruchnahme der Bundesbahntrassen noch schwierig genug sein. Abgesehen von der Station Strandbäder gibt es noch eine Reihe anderer Stationen, deren Inbetriebnahme für den Werktagsverkehr besonders dringend wäre, so zum Beispiel die Errichtung einer Station am Rennweg oder am Matzleinsdorfer Platz. Es erhebt sich

die Frage, ob wir in allen Bereichen der Schnellbahn auf die endgültige Elektrifizierung warten müssen. Warum befährt man nicht jene Strecken, deren Elektrifizierung nicht bald zu erwarten ist, mit Dieselloks oder Triebwagen. Der Aufwand an Dieselloks oder Triebwagen wäre nicht verloren, da man diese später auf anderen Strecken verwenden könnte. Es wäre zu untersuchen, ob diese Meinung einer fachlichen Überprüfung standhält. Es ist zu hoffen, daß die weiteren Verhandlungen mit den Bundesbahnen greifbare Ergebnisse zeitigen werden.

Der Errichtung der Station "Strandbäder", die wohl eine Folge der Wiener Internationalen Gartenschau ist, aber letzten Endes der Bevölkerung dient, gebe seine Fraktion gerne die Zustimmung.

GR. Lanc (SPÖ) stellt fest, daß nicht nur die erholungsuchenden Wiener, sondern auch die künftigen Besucher der Wiener Internationalen Gartenschau über die neue Schnellbahnstation erfreut sein werden. Über dieser Freude dürfe man aber nicht vergessen, daß noch einige Umsteigstellen vom Straßenbahnnetz auf die Schnellbahn fehlen, so vor allem die von GR. Prutscher schon erwähnten Stationen am Rennweg und Matzleinsdorfer Platz. Durch die Finanzlage des Bundes ist es leider nicht möglich, den Ausbau der Schnellbahn durchzuführen. Der bisherige Schnellbahnbetrieb hat gezeigt, daß dieses Verkehrsmittel einem echten Bedürfnis der Bevölkerung entgegenkommt. Seit der Aufnahme des Betriebes zwischen Meidling und Floridsdorf ist die Frequenz von 29.000 auf 37.500 Personen gestiegen. Zu den Spitzenzeiten sind die Züge voll ausgelastet, sodaß die Bundesbahnen nach Möglichkeit zwischen den Intervallen sogenannte "Überraschungszüge" führen. Die Errichtung von weiteren Schnellbahnstationen würde noch einen wesentlichen Frequenzzuwachs bringen, sodaß man die Überraschungszüge wahrscheinlich als fahrplanmäßige Züge führen müßte. Bei aller Einsicht für die Nöte des Bundes kann man fordern, daß, "solange der subventionierte Weizen blüht", auch Geld für die langfristigen Planungen vorhanden sein müßte. Der endgültige Ausbau der Schnellbahn wäre unbedingt notwendig und dringend.

Der Redner macht auch darauf aufmerksam, daß durch das Bestehen der Schnellbahn der Straßenbahnverkehr entlastet wird. Im Interesse der Wiener Bevölkerung ist zu hoffen, so schließt er, daß dieses Stück städtischen Verkehrsausbau mit dazu beiträgt, den endgültigen Ausbau der Schnellbahn zu beschleunigen.

Stadtrat Koci bemerkt im Schlußwort, daß man sicher viel größere Wünsche im Bezug auf die Schnellbahnhaltestellen habe. Die Stadt Wien stehe daher auch in ständigen Verhandlungen mit den Bundesbahnen über diese größeren Projekte.

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Referenten einstimmig angenommen.

730 Millionen für Instandhaltung von privaten Wohnhäusern

Über eine neuerliche Erweiterung der vom Gemeinderat im Jahre 1954 beschlossenen Aktion zur Instandhaltung von privaten Wohnhäusern referierte Vizebürgermeister Slavik. Bisher wurden 700 Millionen Schilling für zinsfreie Darlehen zur Instandhaltung von Wohnhäusern und für die Herstellung von Kanalanschlüssen gegeben. Zur Fortsetzung der Aktion sollen nun weitere 30 Millionen bewilligt werden.

GR. Lauscher (KLS) beschäftigt sich in diesem Zusammenhang mit dem Wohnungswesen. Die Lösung der Wohnungsfrage müsse rasch in Angriff genommen werden. Der Redner kritisiert das Parteienübereinkommen in dieser Angelegenheit, weil die Wohnungsuchenden noch weitere Jahre warten müssen, wenn sich die Regierungsparteien nicht einigen können. Der ÖVP mißt der Redner die Hauptschuld daran zu, daß bisher eine Lösung des Wohnungsproblems nicht gefunden werden konnte.

GR. Windisch (SPÖ) rechnet vor, daß durch die zinsfreien Darlehen bisher 2.481 Häuser instandgesetzt und 1.074 Kanalanschlüsse finanziert wurden. 160.000 Personen in unserer Stadt konnte dadurch geholfen werden.

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Referenten einstimmig angenommen.

Eine neue Spetterbrücke

Über den Umbau der Spetterbrücke über die Vorortelinie in Ottakring als gerade Verbindung zwischen Flötzersteig und Gablengasse referierte Stadtrat Heller (SPÖ). Im Zuge des Ausbaues des zum Teil bereits beschlossenen übergeordneten Straßennetzes soll auch der Flötzersteig als Anbindung an die Wientalbegleitstraßen ausgebaut werden. In diesem Zusammenhang wird auch die Spetterbrücke neu gebaut, die schon mehr als ein Jahr wegen Zeitschäden gesperrt ist.

Die neue Spetterbrücke wird eine Spannbetonbrücke werden, 124 Meter lang sein und 15 Meter Fahrbahnbreite mit fünf Fahrstreifen haben. Außerdem sind zwei Gehsteige zu je drei Meter Breite vorgesehen. Die Kosten für den Umbau betragen 12,7 Millionen Schilling. Heuer sollen noch fünf Millionen Schilling verwendet werden.

GR. Pfoch (SPÖ) spricht den Wunsch aus, daß mit dem Umbau der Brücke möglichst bald begonnen werden soll. Auf der Tagesordnung des Gemeinderates steht heute auch die Errichtung einer Eisenbahnbrücke über die Nordwestbahn, die im Zusammenhang mit dem Ausbau der Adalbert Stifter-Straße notwendig wird sowie der Umbau des Döblinger Steges. Damit wird wieder einmal deutlich, wie groß das Brückenbauprogramm der Gemeinde Wien ist, das größte in der Geschichte der Stadt Wien überhaupt. Bisher wurden 367 Millionen Schilling für den Brückenbau aufgewendet. In den nächsten Jahren werden weitere 308 Millionen Schilling erforderlich sein.

Bei der Abstimmung wird der Antrag einstimmig angenommen.

Grundsätzlicher Beschluß über Matzleinsdorfer Platz

GR. Fürstenhofer (SPÖ) referiert sodann folgenden Antrag: "Die Tieferführung der Straßenbahnlinien am Margaretengürtel und Wiedner Gürtel zwischen der Flurschützstraße und dem Südtiroler Platz, mit dem Verkehrsbauwerk am Matzleinsdorfer Platz einschließlich den Fußgängerpassagen, die Anlage von zwei weiteren Haltestellen bei der Kliebergasse und der Blechturmstraße, der Ausbau der Straßenunterführung am Matzleinsdorfer Platz sowie der Straßenausbau wird grundsätzlich genehmigt."

Der Referent verwies darauf, daß der Gürtel, der sonst schon überall zweibahnig ausgebaut ist, gerade in diesem verkehrreichen Gebiet auch den Gegenverkehr auf derselben Fahrbahn aufnehmen muß. Es kommt daher zu immer größeren Verkehrsstauungen.

GR. Hausner (KLS) bezeichnete die beabsichtigten Straßenumbauten als ein bedeutungsvolles Projekt, das von der KLS wärmstens begrüßt werde. Allerdings habe seine Fraktion schon vor zwölf Jahren beim Bau der Unterführung des Matzleinsdorfer Platzes gefragt, warum man nicht auch die Straßenbahn unter die Erde lege.

Dieses 270 Millionen-Projekt bedeutet sicher eine schwere Belastung für die Bevölkerung, aber noch größere Probleme harren ihrer Lösung. Der Redner fordert daher einen Gesamtplan zur Lösung der Verkehrsfragen in unserer Stadt, der der Bundesregierung vorgelegt werden solle, damit auch sie ihren Teil dazu beitrage.

GR. Neset (FPÖ) bezeichnet das Projekt dennoch als Stückwerk, weil der große Gesamtplan noch immer fehlt. Im Jahre 1951 zum Beispiel wurde der Matzleinsdorfer Platz vollkommen verfehlt umgebaut. Das sei der grundsätzliche Fehler bei dieser Angelegenheit.

Der Redner bezeichnet es als durchaus positiv, daß entgegen dem seinerzeitigen Konzept des Stadtplaners nunmehr nicht nur die Linie 118, sondern auch die Linien 62, 65 und 7 unter dem Pflaster geführt werden sollen. Es wäre aber auch hoch an der Zeit, einen Verkehrsplan aufzustellen und dabei Erwägungen über die Verlegung der Straßenbahn überhaupt unter das Straßenniveau anzustellen. Eine umfassende Planung erweist sich schon deshalb als notwendig, weil die hohen Kosten es einfach ausschließen, solche Bauwerke in einigen Jahren dann wiederum abzuändern. Die Fraktion der FPÖ wird der Vorlage die Zustimmung geben.

GR. Arch. Ing. Lust (ÖVP) verwies darauf, daß mit der Annahme der gegenständlichen Vorlage eine einwandfreie Verkehrslösung am Knotenpunkt Matzleinsdorfer Platz im Sinne der Empfehlungen der Stadtplanungskommission erzielt werden wird.

Das Verkehrsbauwerk sieht in zwei Stufen den Ausbau des Matzleinsdorfer Platzes sowie eine Schnellstraßenverbindung vom Gürtel über den Matzleinsdorfer Bahnhof zur Triester Straße vor. Die zweite Ausbaustufe wird nach ihrer Vollendung sicherlich für den Matzleinsdorfer Platz eine große Entlastung bringen. Dieses Projekt zeigt, daß man aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt hat und sich nicht mit halben Lösungen begnügt. Es ist nur zu hoffen, daß auch beim Karlsplatz die Hemmungen hinsichtlich einer zweiten und dritten Ebene schwinden werden und man dort nicht eine Regelung trifft, die in zehn Jahren schon wieder überholt sein wird.

Die Abwicklung des Verkehrs in einer Ebene gehört wohl der Vergangenheit an. Wie die anderen europäischen Großstädte wird auch Wien zur Bewältigung der Verkehrserfordernisse umfangreichere Maßnahmen treffen und Verkehrsbedingungen schaffen müssen, die für längere Zeit den Notwendigkeiten des Individual- und Massentransports gerecht werden. Dazu wird aber die Schaffung einer zweiten Ebene erforderlich sein. Begraben wir alle Reminiszenzen, appelliert der Redner, und bekennen wir uns zu dem Grundsatz, daß Politik als Entscheidungsfaktor in technischen Fragen völlig fehl am Platze ist. Wenn wir alle Probleme, die uns von den technischen Fachleuten zur Entscheidung vorgelegt werden, in ehrlicher Zusammenarbeit und ohne politische Aspekte beraten und beschließen, dann wird das unserer Stadt nur zum Vorteil sein. Die Zusammenarbeit in der Stadtplanungskommission ist vorbildlich. Gediegene fachliche Arbeit wird auch gediegene Leistungen erbringen und die Stadtverwaltung vor unnützen Mehrkosten bewahren. In diesem Sinne wird die ÖVP ihre Zustimmung geben. (Beifall)

GR. Planek (SPÖ) hob einleitend hervor, daß seine Fraktion in der Führung einer zweiten Ebene nie ein Politikum gesehen habe. Man muß den Verkehr als eine städtische Teilfunktion betrachten, die in einem Verhältnis zu den übrigen städtischen Funktionen, wie der Vorsorge für Arbeit, Wohnungen und Erholung, zu stehen hat. Keineswegs dürfen wir uns einseitig dem Gedanken der Motorisierung ergeben und nur mehr das Kraftfahrzeug und die Straßen sehen, die ihm dienen sollen.

Wenn der Vorwurf erhoben wurde, daß wir zu wenig Planung hätten, dann sei dem gegenüber festgestellt, daß man wohl eine Grundsatzplanung erstellen kann, daß aber die Detailpläne durch den Fortgang der Zeit immer wieder Änderungen unterworfen sein werden. Man darf wohl sagen, daß in Wien derzeit auf dem Gebiete des Verkehrs ein solches Planungskonzept im allgemeinen gegeben ist.

Um die Verkehrsverhältnisse im Raum des Matzleinsdorfer Platzes und des Gürtels in einer sowohl für den Individualverkehr wie auch für den Massenverkehr befriedigenden Weise zu lösen, wird sich die Stadtplanungskommission noch eingehend mit den Fragen der Führung der Linien 62, 65, 6 und 7 befassen müssen. Redner unterbreitet in diesem Zusammenhang den Vorschlag, die Linie 6 durch Autobusse zu ersetzen und die Linie 7 unterirdisch unter dem Matzleinsdorfer Platz und dann durch die Quellenstraße zu führen. Bei der Führung der Straßenbahnlinie 65 wird man insbesondere auch Vorsorge treffen müssen, die Triester Straße als großen Zubringer zur Bundesstraße freizuhalten.

Die Fraktion der SPÖ wird der Vorlage zustimmen. (Beifall bei der SPÖ.)

Berichterstatter GR. Fürstenhofer (SPÖ) dankte in seinem Schlußwort für die rege Beteiligung an der Debatte und versicherte, daß das Verkehrsprojekt Matzleinsdorfer Platz einer wirklich großzügigen Lösung zugeführt werden wird.

Bei der folgenden Abstimmung wurde der Antrag einstimmig angenommen.

Das Amalienbad wird renoviert

Über die Sachkrediterhöhung zur Modernisierung des Städtischen Amalienbades referierte GR. Fucik (SPÖ). Zu diesem Zweck soll der genehmigte Gesamtkredit für die Modernisierung des Amalienbades um 1,970.000 Schilling auf 6,950.000 Schilling erhöht werden. Die im Jahre 1963 erforderliche Baurate von einer Million Schilling ist im Voranschlag 1963 bedeckt; der Restbetrag für die Instandsetzungen ist in den Voranschlägen der folgenden Jahre vorzusehen.

GR. Peter (FPÖ) nimmt diese Überschreitung des Gesamtkredites zum Anlaß, darauf zu verweisen, daß es immer wieder die gleiche Methode sei, zunächst irgendeine notwendige Arbeit zu planen, Kostenvoranschläge auszuarbeiten und dann hinterher zu erklären, daß man mit den eingesetzten Geldbeträgen nicht das Auslangen finde. Man entschuldigt sich dann jedesmal damit, daß in der Zwischenzeit alles mögliche teurer geworden sei, daß die Löhne, der Preis der Materialien, verschiedene Abgaben und Steuern gestiegen sind. Dann hätten aber die Koalitionsparteien vor den letzten beiden Wahlen auch nicht versprechen dürfen, daß der Schilling seinen Wert behalten müsse. So etwas sei ein Mißbrauch des Vertrauens der Bevölkerung Österreichs und der Bevölkerung Wiens.

GR. Mann (SPÖ) erinnert daran, daß das Amalienbad in den Jahren 1923 bis 1926 errichtet wurde und damals schon heftige Kritik über die Wahl des Standortes in einem Arbeiterbezirk geübt wurde. Zur Zeit der Fertigstellung war das Amalienbad eines der modernsten und schönsten Bäder Europas. Die Frequenz von jährlich mehr als einer Million Besucher zeigt, wie wichtig und notwendig die Errichtung dieses Bades im Südosten Wiens war. Zur Klage, daß die Ansätze durch den vorliegenden Antrag neuerlich überschritten werden, ist zu sagen, daß sie ja für eine weitere Modernisierung vorgesehen sind, also keine Überschreitung im üblichen Sinn bedeuten. Man hat heute schließlich einen anderen Begriff von Schönheit und Zweckmäßigkeit als vor vierzig Jahren. Es muß daher auch das Amalienbad, das von zehntausenden Menschen besucht wird, den Erfordernissen und dem Geschmack der Zeit entsprechend, modernisiert werden. Die SPÖ-Fraktion werde dem Antrag mit Freude zustimmen.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag einstimmig angenommen.

Stadtrat Bauer (ÖVP) referiert sodann einen Antrag, den zwischen der Stadt Wien und der Wiener Hafengebäude- und Betriebsgesellschaft m.b.H. abzuschließenden Bestandvertrag und die Übertragung der zur Durchführung des Hafetriebes notwendigen Agenden an die Wiener Hafen-Betriebsgesellschaft m.b.H. zu genehmigen.

Der Hafenbetriebsgesellschaft sollen Grundflächen von insgesamt 252.5 Hektar übergeben werden. Der Vertrag enthält unter anderem auch die Höhe des Bestandzinses, die Höhe der Rückzahlung an die Stadt Wien, Bestimmungen über die Kündigung usw.

GR. Schreiner (SPÖ) zeigt auf, welche Bedeutung der Vertrag für das Wirtschaftsleben unserer Stadt und den Ausbau der Donauhäfen hat. Die Wiener Hafenbetriebsgesellschaft bekommt mit dem heutigen Antrag die Basis zur Führung ihrer Geschäfte, den Betrieb der Wiener Hafenanlagen mit den vielfältigen Aufgaben des Umschlages, der Lagerung usw. Nach einem geschichtlichen Überblick über die Bedeutung der Donau als Verkehrsweg stellt der Redner fest, daß im Jahre 1967 der Rhein-Main-Donaukanal bereits bis Nürnberg geführt wird und in den Siebzigerjahren in die Donau einmünden soll.

Auf der anderen Seite wiederum wird der Donau-Oder-Kanal ausgebaut. Es wird also möglich sein, daß der Schiffsverkehr vom Schwarzen Meer bis her nach Wien geführt wird. Alle diese Momente zeigen, daß wir die Pflicht haben, die Wiener Hafenanlagen so zu gestalten, daß sie für die Zukunft gerüstet sind. Es bietet sich dann die Möglichkeit, ein großes europäisches Wasserstraßennetz zu haben. Der heutige vorliegende Vertrag wird es ermöglichen, nach genauer Erforschung der Marktbedingungen die Tarife so zu erstellen, daß der Schiffsverkehr angeregt wird, Wien als Hafen im gesteigerten Maß zu benützen.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag einstimmig angenommen.

Nach Schluß der Tagesordnung wird der Dringlichkeitsantrag der Gemeinderäte Arch. Ing. Lust und Wohlmuth (ÖVP) verlesen. Er betrifft den Baubescheid des Bundesministeriums für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft für ein Verwaltungsgebäude der Österreichischen Bundesbahnen in Wien 9, Mariannengasse-Pelikangasse-Lazarettgasse. In diesem Hochbau sollen eine Lochkartenanlage mit etwa 30 schweren und rund 100 leichteren Maschinen untergebracht und rund 600 Angestellte beschäftigt werden. Da das Bürohaus im sogenannten Spitalsviertel errichtet werden soll, würden die Patienten der umliegenden Krankenanstalten einer verstärkten Lärmbelastung ausgesetzt sein. Es wäre auch mit einer beträchtlichen Luftverschlechterung zu rechnen und mit einem zusätzlichen

Verkehrserreger. Bei den Verhandlungen zur baubehördlichen Genehmigung kam es zu keinem anstandslosen Ergebnis, worauf der Akt auf Grund des Eisenbahngesetzes dem Bundesministerium für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft vorgelegt und von diesem die Baugenehmigung erteilt wurde. Durch diesen Baubescheid ist der Gemeinde Wien rechtlich jede Einflußnahme entzogen worden. Die genannten Gemeinderäte ersuchen daher den Bürgermeister, in dieser Angelegenheit beim Bundesministerium für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft vorzusprechen und zu erwirken, daß der Baubescheid zurückgezogen wird. Das geplante Verwaltungsgebäude könnte nämlich auch auf den Gründen der ÖBB beim Franz Josefs-Bahnhof errichtet werden.

In Begründung des Antrages spricht GR. Arch. Ing. Lust (ÖVP). Er stellt fest, daß der Inhalt des Antrages bereits für sich spreche. Es sei jedoch aus den bereits im Antrag angeführten Gründen unmöglich, im Spitalsviertel ein derartiges Gebäude zu errichten. Besonders das Privatspital laufe Gefahr, als für den Spitalsbetrieb ungeeignet erklärt zu werden. Leider wurden auch die Einsprüche aller anderen in der Umgebung befindlichen Krankenanstalten abgewiesen. Der Redner stellt fest, daß die Bundesbahnverwaltung hier ihr wahres Gesicht gezeigt hat. Sie hat mit dem Eisenbahnrecht ein Exempel statuiert, das in weiterer Folge für die Stadtverwaltung unerträgliche Zustände schaffen wird. Analog diesem Entschluß könnte sie auch auf ihren Gründen am Schwarzenbergplatz ein dreißig Stock hohes Gebäude errichten. Der vorliegende Antrag muß als letzter Versuch gewertet werden, um den Bau dieses Fremdkörpers im Spitalsviertel zu verhindern. Der Redner ersucht daher, dem Antrag die Dringlichkeit zuzuerkennen.

GR. Dr. Bohmann (SPÖ) stellt einleitend fest, daß bei den Bauverhandlungen keine einhellige Einwendung der Bezirksvertretung erhoben wurde, sondern daß es sich um eine Aktion des Bezirksvorstehers handelte. Seine Fraktion sei nicht in der Lage der Dringlichkeit des Antrages zuzustimmen. Es sei zugegeben, daß sich das Eisenbahngesetz eigentlich auf die Bahnanlagen und Bahnkörper zu beschränken habe. Man kann aber im vorliegenden Fall nichts dagegen machen, weil der Verwaltungsgerichtshof in seinem Erkenntnis ausgesprochen hat, daß auch dieses Verwaltungsgebäude nach den Bestimmungen des Eisenbahngesetzes zu behandeln ist.

./.

Wir haben also dadurch eine feststehende Rechtslage. Ein Protest geht daher rechtlich gesehen ins Leere. Zum Argument der Lärm-belästigung ist zu sagen, daß es sich hier um eine Buchhaltung handelt, die eine elektronische Datenverarbeitungsanlage er-richtet. Wer Elektronenanlagen kennt, weiß, daß die Lärment-wicklung minimal ist, ja sogar unter der eines Schreibzimmers liegt. Die Angelegenheit war bereits Gegenstand einer parlamentari-schen Anfrage. Dort wurde erklärt, daß gegen die Baugenehmigung nichts zu machen sei. Es wird jedoch beim Lokalaugenschein für die Benützungsbewilligung darauf zu achten sein, daß jede unnötige Lärmentwicklung vermieden wird. Aus all den genannten Gründen sieht sich seine Fraktion nicht veranlaßt, dem Antrag die Dringlichkeit zuzuerkennen.

Bei der Abstimmung wurde das Verlangen auf dringliche Be-handlung gegen die Stimmen der ÖVP, FPÖ und KLS abgelehnt. Der Antrag wurde aber dem Magistrat zur weiteren Behandlung zugewiesen.

(Ende des Sitzungsberichtes)

- - -

Generalversammlung der Föderation der touristischen Zentren
=====

3. Mai (RK) Zum erstenmal hält in diesen Tagen die Inter-nationale Föderation der touristischen Zentren ihre Generalver-sammlung in Wien im Hotel Bristol ab. Die Föderation, die seit zehn Jahren besteht, hat ihren Sitz in Lausanne. Sie hat sich zum Ziel gesetzt, alle wichtigen europäischen touristischen Zentren zu gemeinsamer Werbung und gemeinsamer Fremdenverkehrs-arbeit zusammenzufassen. Von österreichischer Seite sind Wien, Salzburg und Innsbruck in der Föderation vertreten. Auf Ein-ladung der Fremdenverkehrsstelle der Stadt Wien kamen nun die Delegierten in die österreichische Bundeshauptstadt. Heute gab die Stadt Wien anlässlich der Generalversammlung ein Mittagessen im Wiener Rathauskeller. Stadtrat Maria Jacobi begrüßte im Namen des Präsidenten des Wiener Fremdenverkehrsverbandes Vizebürger-meister Mandl die Gäste und wünschte den Beratungen der General-versammlung einen guten Erfolg.

- - -

60. Geburtstag von Otto Niedermoser
=====

3. Mai (RK) Am 5. Mai vollendet der Architekt und Bühnenbildner Prof. Otto Niedermoser das 60. Lebensjahr.

Er wurde in Wien geboren und studierte an der Wiener Kunstgewerbeschule bei den Professoren Josef Hoffmann und Oskar Strnad sowie an der Akademie bei Peter Behrens. Ein Entwurf für das Völkerbundpalais in Genf (1927) brachte ihm den Rom-Preis der Akademie ein, ebenso wurde auch sein Kahlenberg-Projekt (1933) und sein Entwurf für den Wiederaufbau des Burgtheaters (1948) preisgekrönt. Daneben ist Prof. Niedermoser als Bühnenbildner für in- und ausländische Theater sowie als Filmarchitekt tätig. Zu seinen berühmtesten Schöpfungen zählen die Dekorationen für Max Reinhardt ("Sommernachtstraum" 1926, Theater in der Josefstadt) und für das St. James-Theater in London ("The silent knight" 1937). Für die Salzburger Festspiele 1939 und 1948 entwarf er die Dekorationen zu "Der Bürger als Edelmann" und "Des Meeres und der Liebe Wellen". Seine Filmarchitekturen trugen mit zum Gelingen künstlerisch wertvoller Filme bei, von denen "Das Herz muß schweigen" (1943) und "Der Engel mit der Posaune" (1948) mehrfach ausgezeichnet wurden. Prof. Niedermoser entwarf auch zahlreiche Wohn- und Siedlungsbauten sowie Innen- und Außenarchitekturen für Geschäftshäuser. Besondere Verdienste erwarb er sich bei der Neugestaltung des Theaters an der Wien 1962, die zugleich eine große konservatorische Leistung darstellt. Auf die Initiative von Prof. Niedermoser geht auch die Erhaltung des historischen Vorhanges dieser Bühne zurück.

Bürgermeister Jonas und Vizebürgermeister Mandl haben dem Jubilar in herzlichen Worten gehaltene Glückwunschsreiben übermittelt.

- - -